

Stand: 20.04.2026 06:26:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2842

"Keine Entlassung von Lehrkräften vor den Sommerferien - Dramatischem Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen entgegenwirken - Attraktivität des Lehramtes deutlich erhöhen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2842 vom 03.07.2019
2. Beschluss des Plenums 18/2917 vom 04.07.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz** und **Fraktion (SPD)**

Keine Entlassung von Lehrkräften vor den Sommerferien – Dramatischem Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen entgegenwirken – Attraktivität des Lehramtes deutlich erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem dramatischen Lehrermangel an den Grund- und Mittelschulen mit allen erforderlichen Maßnahmen entgegenzuwirken und so die Unterrichtsversorgung im nächsten Schuljahr sicherzustellen. Es darf zu keiner Reduzierung des Stundenplans kommen.

Dafür sind u. a. folgende Maßnahmen nötig:

1. Die Praxis, vor den Sommerferien angestellte Lehrkräfte zu entlassen, um sie nach den Sommerferien wieder einzustellen, muss dauerhaft gestoppt werden.
2. Alle befristeten Arbeitsverträge müssen noch vor den Sommerferien in unbefristete Arbeitsverträge umgewandelt werden.
3. Die schrittweise Anhebung des Eingangsamtes A 12 nach A 13 muss in einem Stufenplan realisiert werden.
4. Sofort- und Notmaßnahmen wie die Einführung eines Ein-Fach-Lehrers, die Übernahme der Lotsenfunktion von Gymnasiallehrkräften beim Übertritt oder das Aussetzen von Schulentwicklungsprozessen dürfen für maximal zwei Jahre möglich sein.
5. Dem Landtag ist unverzüglich ein detaillierter Bericht über die aktuelle Situation und über die von der Staatsregierung geplanten Maßnahmen zu geben.

Begründung:

Die öffentliche Berichterstattung aus einem internen Papier der Staatsregierung lässt keinen Zweifel mehr zu: Auch in Bayern herrscht an den Grund- und Mittelschulen ein dramatischer Lehrermangel bereits ab dem Schulstart im September. Das Bildungsprogramm und der dazu gehörige Stundenplan drohen nicht mehr aufrecht erhalten werden zu können.

Die verfehlte Personalpolitik des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus hat einen entscheidenden Anteil daran, dass sich immer weniger junge Leute für ein Lehramtsstudium interessieren. Wenn jemand dann wirklich Lehrer werden will, wählt er garantiert nicht das Lehramt mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen und mit der schlechtesten Entlohnung. Andere Länder haben das schon längst erkannt und sind zur Eingangsbesoldung A13 für alle Lehrämter übergegangen.

Die Befristung des Arbeitsverhältnisses gerade im Bereich der mobilen Reserven trägt auch zur Unattraktivität des Grund- und Mittelschullehramts bei. Die Umwandlung aller befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete ist dringend erforderlich.

Die Übermittlung des den Medien vorliegenden internen Berichts über die Situation an den Grund- und Mittelschulen zum nächsten Schuljahr an den Landtag wäre eine Selbstverständlichkeit, muss aber wohl erneut eigens eingefordert werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/2842

Keine Entlassung von Lehrkräften vor den Sommerferien – Dramatischem Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen entgegenwirken – Attraktivität des Lehramtes deutlich erhöhen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Horst Arnold

Abg. Ralf Stadler

Abg. Anna Toman

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Eva Gottstein

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Natascha Kohnen

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

Keine Entlassung von Lehrkräften vor den Sommerferien - Dramatischem Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen entgegenwirken - Attraktivität des Lehramtes deutlich erhöhen (Drs. 18/2842)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sonderprogramm "Entfristung Lehrkräfte" dringend anpassen (Drs. 18/2876)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Horst Arnold. – Sie sind schon da. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch gut zwei Wochen, dann stehen an Bayerns Schulen die Sommerferien vor der Tür. Mit Sommerferien assoziiert man Freizeit und Erholung. Doch für viele angestellte Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land beginnt jetzt stattdessen einmal mehr ein unwürdiges Ritual der Ungewissheit. Sie werden vor oder zu den Ferien entlassen und zum neuen Schuljahr wieder befristet eingestellt. Das ist eine Riesensauerei, wie auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zu Recht sagt.

(Beifall bei der SPD)

Im Freistaat melden sich jedes Jahr Anfang August etwa 800 Lehrerinnen und Lehrer arbeitslos. In Bayern gibt es etwa 7.500 befristet angestellte Lehrkräfte, vor allem an den Grund- und Mittelschulen. Damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der SPD)

Das Sonderprogramm der Staatsregierung ist viel zu zaghaft und funktioniert in der Praxis nicht richtig. Die GRÜNEN haben dazu einen richtigen Antrag gestellt; wir werden ihn in diesem Zusammenhang auch befürworten. Diese Praxis verschärft den Lehrermangel im Freistaat immer weiter.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass das Bayerische Kultusministerium in seiner eigenen Lehrerbedarfsprognose 2017 selbst davon ausgeht, dass der Bedarf das Absolventenangebot an nahezu allen Schularten übersteigt bzw. zeitnah übersteigen wird. Die Folgen sind schon jetzt sichtbar. Fast neun Prozent Schulstunden können in Bayern nicht regulär gehalten werden oder fallen ganz aus. Als SPD-Fraktion fordern wir deshalb, die Attraktivität des Lehrerberufs in Bayern schleunigst zu erhöhen, konkret keine Entlassungen mehr vor den Sommerferien vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Konkret: Alle befristeten Arbeitsverträge müssen in unbefristete umgewandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Konkret: Grund- und Mittelschullehrerinnen und -lehrer müssen besser bezahlt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ganz konkret: Notmaßnahmen wie die Einführung eines Ein-Fach-Lehrers müssen Notmaßnahmen bleiben. Sie dürfen sich nicht durch die Hintertür einschleichen und zu Dauermaßnahmen werden. Herr Minister, auch für Sie geht nun das erste Schuljahr zu Ende. Gemessen an Ihrer Antragstätigkeit haben Sie seit einem Jahr komplett versagt. Vor Ihrem Amtsantritt wussten Sie, wie dringlich diese Probleme sind. Ich habe einen Antrag der FREIEN WÄHLER vom 11. Juli 2018, bei dem Sie als Nummer 3 genannt sind. Die Überschrift dieses Antrags lautet: "Befristungsunwesen für Lehrkräfte endlich beenden – keine Entlassung zu Beginn der Sommerferien!".

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Herr Minister, ich frage Sie: Haben Sie die Probleme aus dem Blick verloren? Warum nehmen Sie diese Situation achselzuckend hin? – Die Zeit rast, die Probleme bleiben und Ihre Verantwortung ebenso.

(Beifall bei der SPD)

Aus allen Regierungsbezirken und, ich sage es bewusst, aus allen Bezirksregierungen hört man inzwischen: Ja, wir haben einen eklatanten Lehrermangel, der dringend behoben werden muss. Nur, das Ministerium verschließt die Augen. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Rheinland-Pfalz. Dort werden die meisten Lehrer mit befristeten Verträgen in diesen Sommerferien erstmals weiterbezahlt. Bundesarbeitsminister Heil will im Herbst einen Gesetzentwurf vorlegen, um willkürliche Befristungen einzudämmen. Diese Regelungen sollen für Private und für den öffentlichen Dienst gelten.

Auch der Freistaat muss jetzt endlich handeln; denn an Bayerns Schulen rumort es. Eine zukunftsorientierte Politik ist das nicht. Das ist Verwaltung von Stillstand und Rückschritt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen stellen wir diesen Dringlichkeitsantrag. Wir bitten um die Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Intervention des Abgeordneten Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Herr Kollege Arnold, Sie haben gesagt, im Monat gingen neun Lehrstunden ab. Da hätte ich einen schönen Vorschlag: Zwei Demos am Freitag weniger, dann hätten wir das wieder herin.

(Beifall bei der AfD)

Horst Arnold (SPD): Das Wesen einer Zwischenbemerkung ist es, dass Sie eine Bemerkung machen dürfen. Eine Aussage darüber, ob diese Bemerkung geistreich ist und zum Thema passt, behalte ich mir vor, indem ich sage: Überlegen Sie sich einmal, was eine Zwischenbemerkung bewirken soll.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Anna Toman vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anna Toman (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion reißt mit ihrem Antrag wichtige Punkte an: Befristungen, Lehrkräftemangel und die Attraktivität des Lehrberufs. Das alles sind Herausforderungen, die politisch angegangen werden müssen, liebe schwarz-orange Staatsregierung. Deshalb: Danke für diesen Aufschlag. Wir GRÜNE haben den Anspruch, konkret die Probleme und Herausforderungen im Bildungssystem anzupacken. Das Gebot der Stunde ist nun, das Sonderprogramm zur Verbeamtung bzw. Befristung für langjährig befristet beschäftigte Lehrerinnen und Lehrer endlich praxistauglich zu machen. Das geht nur, wenn dieses Programm jetzt unverzüglich angepasst wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schauen der Staatsregierung und dem Kultusminister Piazzolo genau auf die Finger. Was derzeit passiert, ist ungeheuerlich. Endlich soll das Problem der Befristungen an Schulen angepackt werden. Im aktuellen Doppelhaushalt wurden mit der Zustimmung aller Fraktionen 808 Planstellen bereitgestellt, um zumindest einem Teil der 7.000 befristet beschäftigten Lehrkräfte eine planbare berufliche Zukunft zu ermöglichen. Alle haben anfangs Juhu geschrien, auch wir.

Als dann jedoch die Regelungen auf dem Tisch lagen, waren die Enttäuschung und die Verwirrung groß. Das Piazzolo-Ministerium hat die Messlatte für die Entfristung der-

art hoch gelegt, dass viele der befristet beschäftigten Lehrkräfte diese Hürde gar nicht nehmen konnten. Die Mindestbeschäftigungsdauer beträgt fünf Jahre. Fünf Jahre, 60 Monate, sollen die Lehrkräfte befristet im Angestelltenverhältnis tätig sein, bevor sie in die erste Bewerbungsrunde kommen. In dieser Zeit sollten sie sich bewähren.

Ich habe Ihnen schon im Ausschuss gesagt, dass das unrealistisch ist und am Bedarf vorbeigeht. Die Zahlen sprechen für sich. 312 Bewerberinnen und Bewerber gibt es für 519 Planstellen, die für das Jahr 2019 geschaffen wurden. Das hat natürlich auch das Ministerium begriffen und in der Presse eine Neuauflage des Entfristungsprogramms angekündigt. Folgt man jedoch dem Link auf der Seite des Kultusministeriums, um die Informationen einzusehen, dann landet man im Nichts. Eine weiße Seite erscheint, wahrscheinlich, weil das Ministerium selbst immer noch blank ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich frage Sie, ob das tatsächlich Ihr Ernst ist. Hier geht es um die Zukunft von qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern und die Unterrichtsqualität. Die Lehrerinnen und Lehrer hängen nun seit Wochen in der Luft und können nicht planen. Sie wissen nicht vor und nicht zurück. In Kürze stehen die Sommerferien vor der Tür, und viele Lehrkräfte bangen aufs Neue um ihren Job. Wir Landtags-GRÜNE fordern die unverzügliche Anpassung des Sonderprogramms, damit die versprochenen Planstellen auch besetzt werden können. Dabei dürfen Bewerberinnen und Bewerber, die im genannten Beschäftigungszeitraum in Elternzeit waren, in Schulen in freier Trägerschaft oder in anderen Bundesländern gearbeitet haben, nicht benachteiligt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern die unverzügliche Veröffentlichung der Kriterien.

Abschließend zu den anderen Punkten des Dringlichkeitsantrags der SPD: An den Grund- und Mittelschulen versucht die Staatsregierung gerade, die Löcher mit Zweitqualifikanten aus den Realschulen und Gymnasien "zu stopfen". Verstehen Sie mich

nicht falsch: Ich begrüße die Zweitqualifizierung, aber sie wird das Problem des Lehrkräftemangels an den Schularten nicht lösen. Wir stopfen damit gerade so die Löcher.

Warum fehlen Lehrkräfte an den Grund- und Mittelschulen? Herr Kollege Arnold hat es angesprochen. Dort gibt es eine niedrigere Besoldung, A12 statt A13. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeitsbedingungen an den Grund- und Mittelschulen kritisch zu hinterfragen und zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, solange Sie die Realität schönreden, schönrechnen und ihr nicht ins Auge blicken, können wir nicht angemessen handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als Nächsten rufe ich Herrn Wolfgang Fackler von der CSU-Fraktion auf.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Unterrichtsversorgung an unseren Grund- und Mittelschulen ist selbstverständlich auch der CSU und den FREIEN WÄHLERN ein ganz wichtiges Anliegen. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang aus Qualität, Flexibilität und dem Leistungsprinzip. Ich sage Ihnen eines: Beste Bildung ist uns ein wichtiges Anliegen. Auch eine gute Unterrichtsversorgung ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen, dass sie so bleibt und dass sie noch besser wird. Herr Kollege Arnold, andere Länder beneiden uns darum, dass wir so gut dastehen. Das gilt auch beim Thema Unterrichtsversorgung. Ich sage Ihnen auch: Stillstand und Rückschritt gibt es nur dort, wo die SPD am Ruder ist. In Bayern gibt es keinen Stillstand.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ganz so dramatisch, wie Sie das darstellen, ist es bei uns sicherlich nicht. Lieber Herr Kollege Arnold, Sie propagieren sieben Tage Regenwetter und sehen nicht, dass draußen die Sonne bei 26 Grad scheint und nur vereinzelte Wolken am Himmel stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie verzerren die Realitäten. Das tun Sie regelmäßig. Das hat bei Ihnen System. Wir haben das aber schon längst erkannt. Ihre Vorschläge sind unpraktikabel. Ihre Vorschläge sind nicht umsetzbar. Ihre Vorschläge sind viel zu einfach. Darum werden wir sie auch ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD):

Nach Ihren Aussagen haben wir genau den wunden Punkt getroffen! Schönwetterredner brauchen wir in diesem Parlament nicht!)

– Herr Kollege Halbleib, ich sage das, damit Sie aufwachen. Ich kann nichts dafür, dass Sie hier mit dem Regenschirm sitzen. – Wir wollen ebenfalls die Befristungen abschaffen bzw. so weit wie möglich reduzieren. Das ist auch ein klares Ziel des Koalitionsvertrags. Das Thema wird aber leider regelmäßig verzerrt dargestellt. Wir stellen gerade so viele befristete Arbeitsverträge wie möglich um. Es wird aber immer Krankheitsfälle geben, und es wird immer Elternzeitvertretungen geben. Die sind auch nicht vorhersehbar.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind die Ausreden!)

– Herr Kollege Halbleib, wollen Sie wirklich, dass eine Kollegin, die aus der Elternzeit zurückkommt, plötzlich feststellt, dass ihre Stelle von jemand anderem belegt ist und sie möglicherweise an eine viel weiter entfernte Schule versetzt werden muss? – Ich glaube, das wollen Sie nicht, und wir wollen es erst recht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Unser Ziel ist es, so viele Stellen wie möglich zu entfristen. Dafür haben wir ein einzigartiges Extra-Sonderförderprogramm aufgelegt,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das kann man sagen!)

das Sie im Übrigen abgelehnt haben, weil Sie dem Haushalt nicht zugestimmt haben. Auch das gehört zur Wahrheit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Es funktioniert nicht!)

Uns ist es ein wichtiges Anliegen, und es ist uns auch wichtig, dass das konsequent umgesetzt wird: 800 Stellen – von Ihnen, wie gesagt, abgelehnt.

Was ist denn eigentlich die Frage oder die Ursache? Was ist die Ursache dafür, dass die 500 Stellen in diesem Jahr nicht belegt werden konnten? – Das wissen Sie vielleicht nicht, aber das ist immens bemerkenswert, weil es hier auch um Qualitätsstandards geht. Wir sagen, wir nehmen geeignete Bewerber, die die volle Lehramtsbefähigung haben. Zwei Examen,

(Zuruf von den GRÜNEN)

ein besserer Notendurchschnitt als 3,5 und die Zuverlässigkeit über einen bestimmten Zeitraum

(Zuruf von den GRÜNEN: Über sechzig Monate, das sind fünf Jahre!)

sind das Mindeste an Qualifikation, was man von einem Bewerber erwarten kann. Das ist keine hohe Hürde, sondern Qualität.

(Horst Arnold (SPD): Das ist lächerlich! – Zuruf von den GRÜNEN)

Das ist Qualität.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Passen Sie einmal auf! – Denn die Verbeamtung ist bei uns der Grundsatz von Verfassungen wegen, nicht irgendwelche Anstellungen oder sonst irgendetwas! Also, der Normalfall im Staatsdienst ist eine Verbeamtung.

(Zuruf von den GRÜNEN – Horst Arnold (SPD): Diskriminieren Sie doch nicht die angestellten Lehrer!)

– Das sind doch keine Diskriminierungen. So ein Unsinn! Sie wollen alles nur verwässern, sonst gar nichts.

Zum Nachrückverfahren sage ich Ihnen auch eines: Die Kriterien werden jetzt vom Kultusministerium vorsichtig geöffnet,

(Zuruf von den GRÜNEN: Na bravo!)

und das ist im Sinne der Bewerber. Eigentlich sollten Sie froh sein, dass das Kultusministerium so schnell und so angemessen reagiert hat, anstatt hier ständig rumzunörgeln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Horst Arnold (SPD) – Volkmar Halbleib (SPD): Hausaufgaben machen! Einfach die Hausaufgaben machen!)

Sie bieten uns eine Mogelpackung nach der anderen – so schaut das doch aus –, aber das hilft nicht weiter. Wir setzen auf Qualität. Wir setzen auf Flexibilität. Wir setzen auch auf Verfassungsprinzipien.

(Horst Arnold (SPD): Und auf Stillstand!)

– Der ist da, wo die SPD am Ruder ist. – Zum Thema "Sommerpause" sage ich Ihnen auch noch etwas.

(Unruhe)

Zum Thema "Entlassungen vor der Sommerpause": Das ist tarifrechtlich gar nicht anders möglich. Tarifrechtlich heißt es nämlich, dass ich letztendlich, wenn ich im Februar anfangen zu arbeiten,

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

15 Tage Urlaub bekomme. Wenn ich von Februar bis Juli ein halbes Jahr arbeite und die Pfingstferien und die Osterferien bekomme, dann sind das 16 Tage Urlaub, und das gibt es in keinem anderen Betrieb, dass ich dann noch einmal sechs Wochen Sommerferien obendrauf bekomme.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohlen (SPD))

Den Betrieb in Deutschland nennen Sie mir, der zehn Wochen Urlaub für ein halbes Jahr Arbeit gewährt!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Wo bleibt die Gerechtigkeit gegenüber den anderen Arbeitnehmern, die Sie als SPD eigentlich haben und vertreten sollten? – Das ist letztendlich der Punkt.

(Tobias Reiß (CSU): Genau!)

Unglaublich! Vollkasko-Mentalität und nichts anderes!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Das ist eine Verhöhnung!)

– Ja, ja. – A 13 für alle – reflexartig, Allheilmittel.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sagen: Die Eingangsbesoldung für alle Berufseinsteiger wird erhöht, Erfahrungsstufen können übersprungen werden. Auch das ist einmalig.

(Volkmar Halbleib (SPD): Diese Rede ist einmalig, Herr Kollege!)

Wir setzen die richtigen Prioritäten. Das ist echte Nachwuchsgewinnung!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir lehnen Ihre Vorschläge ab, weil sie nicht praktikabel sind. Ich hoffe, Sie haben es verstanden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD):
Hören Sie mal draußen in der Öffentlichkeit! – Weitere Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, wieder zur Sachlichkeit zurückzukehren. Ich finde die Debatte aber sehr erfrischend; auch das ist gut für ein Parlament. – Jetzt darf ich dem Abgeordneten Bayerbach das Wort übergeben.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich mache gleich weiter. Viele der Forderungen, die der Antrag der SPD enthält, könnten wir unterstützen. Das ist aber ein Eintopf mit Copy-and-paste-Forderungen. Es sind einfach Sachen dabei – – Vor allen Dingen wird als Begründung dafür die mangelhafte und zum Teil fehlende Unterrichtsversorgung im September angegeben.

Beginnen wir doch einmal mit Nummer 1, bezogen auf die Praxis, angestellte Lehrkräfte vor den Sommerferien zu entlassen: Darüber brauchen wir nicht zu sprechen – unappetitlich, da bin ich bei Ihnen. Ein Lehrer, der im August nicht bezahlt wird, ist dann aber auch im September nur ein Lehrer. Was ändert der an der Unterrichtsversorgung im September?

(Horst Arnold (SPD): Eine soziale Frage ist das!)

– Dann müssen Sie die Begründung richtig machen und dürfen nicht sagen, es gehe um die Unterrichtsversorgung im September.

In Nummer 2 wird die sofortige Umwandlung aller befristeten Arbeitsverträge noch vor diesen Sommerferien gefordert, also ein solider Budget- und Stellenplan: Seien Sie mir nicht böse, für mich ist das reiner Linkspopulismus.

(Lachen bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Nummer 3 bezieht sich auf die Anhebung des Eingangsamtes von A 12 nach A 13: Natürlich ist das schön. Das ist aber eine Verteilung von Wohltaten. Ein A-12er hält nach den Ferien als A-13er auch nicht mehr Stunden. Für die Unterrichtsversorgung bringt das überhaupt nichts.

Eine alternative Lösung wäre zum Beispiel, überzählige Fachlehrer und Förderlehrer ins Lehramt zu übernehmen, damit sie statt 8 Unterrichtsstunden 28 halten. Das würde bei der Versorgung etwas bringen.

Bei den in Nummer 4 geforderten Sofortmaßnahmen wie der Einführung eines Ein-Fach-Lehrers – ja wunderbar – war wahrscheinlich wieder Kevin Kühnert dabei. Das ist DDR-Romantik pur. Das ist die Mottenkiste der SED-Schulpolitik.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Ho, ho, ho! – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ja, ich weiß, was ich da sage. Dieses Modell hat die DDR damals gehabt; also, nehmen Sie es mir nicht übel. – Vor allen Dingen: Bis September wollen Sie die ausbilden, damit sie noch etwas bringen?

(Unruhe)

Das schaffen Sie noch nicht einmal, wenn Ihnen das Länderniveau von Berlin, Hamburg und Bremen, die das ja jetzt vorhaben, ausreicht. Das nützt für Ihre Begründung mit einem akuten Lehrermangel überhaupt nichts.

Schulentwicklungsprozesse aussetzen: Mensch, das ist doch Ihr Steckenpferd. Was wollen Sie aussetzen? Wenn Sie heute die normale Schulentwicklung aussetzen, treten Sie den Kollegen, die seit Jahren motiviert daran arbeiten, vors Knie. Wo sollen sie sonst – –? Meinen Sie die Entwicklungsprozesse "Inklusion", "Schule ohne Rassismus"? – Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, darüber überhaupt nur nachzudenken.

(Horst Arnold (SPD): Das ist auch gar nicht beabsichtigt!)

Dem Landtag ist gemäß Nummer 5 unverzüglich ein Bericht vorzulegen. Ja, wunderbar. Unterrichtet jetzt "Bericht" auch schon?

(Volkmar Halbleib (SPD): Selektive Wahrnehmung!)

Nein. Also, entweder man stellt eigene Forderungen auf, oder man fordert die Staatsregierung auf, einen Plan zu entwickeln. Aber ich weiß: Bei sozialistischen Utopien sind Paradoxa möglich.

Dieser Antrag ist in dem Konglomerat einfach ein grottenschlechtes Potpourri, und wir werden ihn deshalb ablehnen,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

jedoch ohne – das muss ich dazusagen – dass wir gewissen Forderungen ihre Berechtigung absprechen. Ich bin der Meinung, wir müssen an den Arbeitsverträgen und an der Angestelltensituation etwas ändern. So ist der Antrag aber einfach lächerlich, Entschuldigung.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Machen Sie doch einmal eigene Vorschläge!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Gottstein, ich darf Sie für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ans Rednerpult bitten.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich wiederholen, was der Kollege Fackler gesagt hat: Grundprinzip in Bayern im Zusammenhang mit den – –

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Doch, Sie müssen es auch zwei Mal hören, weil Sie es wahrscheinlich nicht einmal beim dritten Mal akzeptieren.

Grundprinzip bei uns in Bayern ist die Verbeamtung aller Lehrkräfte, und befristet angestellt ist nur ein kleiner Teil der Lehrkräfte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Das hat in erster Linie mit einem anderen Grundprinzip zu tun, das Sie doch auch unterstützen, und zwar mit dem Prinzip der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn wir das Prinzip aufrechterhalten wollen, dass jeder relativ kurzfristig sagen kann, ob er im nächsten Schuljahr 9 oder 12 oder 18 oder 30 Stunden unterrichtet, müssen wir in Kauf nehmen, dass auch die Planung entsprechend schwierig wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist jedoch auch ein hohes Ziel in diesem Haus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deswegen ist der Antrag der GRÜNEN letztendlich überhaupt nicht zu berücksichtigen. Sie ignorieren das bewusst schrittweise Vorgehen des Kultusministeriums in diesem Zusammenhang. Es ist bekannt, dass man zunächst einmal ganz klar gesagt hat – die Kriterien sind jedem Betroffenen bekannt –: Der Notendurchschnitt darf nicht schlechter als 3,5 sein,

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein, durch die neue Auflage eben nicht!)

und natürlich brauchen wir beide Lehramtsprüfungen. Dann kollidiert man nicht mit der Warteliste, weil auch die Berücksichtigung ein wichtiges Prinzip ist. Man nimmt erst diejenigen, die mindestens sechzig Monate beschäftigt waren, und wuselt nicht sofort

in den freien Schulen und in den Privatschulen herum, weil Sie andernfalls dort eine Lehrer- und Unterrichtsversorgung haben, die das Unterrichten im nächsten Schuljahr teilweise total unmöglich machen würde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag der SPD widerspricht in großen Teilen dem Arbeitsrecht. Das muss man ganz klar sagen.

Wenn ich lese: "Alle befristeten Arbeitsverträge", dann frage ich mich, wie das – Entschuldigung! – bei euren Leuten überhaupt durchgehen kann: Nehmen wir an, es gibt eine Reha-Maßnahme, und man muss an Pfingsten für vier Wochen befristet einstellen. Man weiß nicht, ob die Reha-Maßnahme im September verlängert werden wird. Also muss man bis zum August einstellen. Dieser Angestellte wird dann nicht sechs Wochen Urlaub bezahlt bekommen; er hat ja nur vier Wochen gearbeitet. Das wäre ungerecht, überhaupt nicht zu vermitteln und juristisch überhaupt nicht zulässig. Sie stellen solche Forderungen. Das ist unmöglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Das Schlimme an Ihrem Antrag ist die Unterstellung im zweiten Absatz Ihrer Begründung, man wähle eine Schulart und den Beruf nur wegen des Geldes. Sie sagen oben, Sie wollten den Beruf attraktiver machen. Das geschieht nicht durch solche Anträge.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die Leute, unsere Lehrerinnen und Lehrer, wählen ihren Beruf aufgrund einer Liebe zu einer Schulart, aufgrund einer Liebe zu diesem Beruf. Diese Kriterien sind auch wichtig. Sie machen das teilweise lächerlich, indem Sie meinen, es liege an A 13 oder A 14.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Anna Toman (GRÜNE))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Arnold. Bitte.

Horst Arnold (SPD): Frau Gottstein, Sie unterliegen immer noch der parlamentarischen Kontrolle. Sie sind an sechster oder siebter Stelle als Antragstellerin auf einem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER, der kein Jahr alt ist, aufgeführt. Ich lese ihn jetzt einmal vor:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Befristungsunwesen zu beenden und befristet angestellte Lehrkräfte künftig nicht mehr zu Beginn der Sommerferien zu entlassen. Zudem gilt es, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die große Zahl an befristeten Beschäftigungsverhältnissen von Lehrkräften abzubauen, diese in feste Stellen umzuwandeln [...].

Das haben Sie vor nicht einmal einem Jahr beantragt.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Und deswegen – –

Horst Arnold (SPD): Und jetzt kommen Sie mit dem Arbeitsrecht daher.

(Alexander König (CSU): Jeder darf in einem Jahr dazulernen!)

Jetzt sage ich Ihnen mal eines: Es gibt das Günstigkeitsprinzip. Das heißt, wenn ich jemanden, der in der Tarifbindung ist, etwas begünstige, dann geht das. Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Was haben Sie zusammen mit Ihrem Minister seit dieser Antragstellung in dem Jahr, in dem Sie in der Verantwortung sind, unternommen, um die Ursache dieser hier erlangten Erkenntnis zu verändern?

(Beifall bei der SPD)

Warum wird jetzt noch immer nichts Konkretes geändert? – Weil Sie nichts gemacht haben!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ihre Leute bzw. Sie waren offenbar nicht in den Haushaltsberatungen. Sie können lesen, dass es 800 zusätzliche Stellen gibt, von denen bereits 519 angefragt werden. Das ist sinnvoll, bewusst und kann schrittweise, ohne die ganze Schullandschaft der Privatschulen und freien Träger durcheinanderzubringen, umgesetzt werden. Das ist eine absolut sinnvolle Handlung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Natascha Kohnen (SPD):
(Beitrag nicht autorisiert) Das ist keine Antwort! – Volkmar Halbleib (SPD): Das war keine Antwort!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Unsere Lehrerinnen und Lehrer sind das Rückgrat des bayerischen Bildungssystems." So steht es richtig im Koalitionsvertrag.

Angesichts der Entwicklung der letzten Jahre müssen wir uns aber einmal grundsätzlich neue Gedanken darüber machen, wie wir die Gewinnung von weltbesten – Sie wollen ja auch die besten Lehrer für Bayern haben – Lehrerinnen und Lehrer für Bayern organisieren können. Dafür braucht es mehr als die Holzhammermethode, die von der SPD vorgeschlagen wird. Wer glaubt, man könne mit pauschalen Entfristungen der Arbeitsverträge und pauschalen Erhöhungen des Gehalts eine Lösung finden, übersieht einiges. Wer so denkt, offenbart außerdem, dass er sehr zentralstaatlich denkt, wenn er glaubt, man könne mit einem Standardangebot für alle Lehrkräfte das

beste und passendste Angebot flächendeckend in Bayern organisieren. Dem ist nicht so.

Wir als Liberale haben deshalb das Credo, neu zu denken, den Schulen vor Ort den nötigen Raum zu geben, individuelle Lösungen zu schaffen und damit gerade nicht alle Lehrkräfte über einen Kamm zu scheren. Ich gebe Ihnen grundsätzlich recht: Es ist ein Unding, dass im August Hunderte von Lehrkräften auf die Straße gesetzt werden, um danach wieder angestellt zu werden. Das ist nicht der Sinn von Befristung. Eine solche Praxis sollte es auch nicht geben.

Ich wehre mich aber dagegen, wenn der Antrag die Gründe für Befristung, die es durchaus geben kann, so undifferenziert ignoriert. Solche Gründe sind zum Beispiel Ersatz für kranke Lehrkräfte, Elternzeit oder auch die grundsätzliche Überlegung, dass man sich vielleicht nicht von Beginn an an jede Lehrkraft dauerhaft binden will und sollte.

Ich bin deshalb der Meinung, dass wir dieses Sonderprogramm etwas anders überarbeiten sollten, als es die GRÜNEN in ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag getan haben. Ich finde, wir sollten wesentlichen Wert darauf legen, dass die Schulen vor Ort eine Empfehlung abgeben müssen, wenn sie sich an diese Lehrkraft tatsächlich langfristig binden wollen.

Wir brauchen grundsätzlich andere Methoden, um das Lehramt gerade für junge Menschen wieder attraktiv zu gestalten. Die junge Generation tickt heute anders. Ganz oben stehen freie Entfaltung und Selbstverwirklichung. Ein großer Punkt ist der Wunsch nach Flexibilität und Abwechslung. Die Digitalisierung sollte im Berufsalltag zwingender Standard sein.

Betrachten wir vor diesem Hintergrund die Berufswege im bayerischen Bildungssystem. Die freie Entfaltung und Verwirklichung von Ideen sind in diesem Dickicht von Vorschriften, die das Kultusministerium erlässt, in unseren strengen, hierarchischen Schulorganisationen nur begrenzt möglich. Teilweise sind sie sogar systemfremd. Wer

besonders erfolgreich ist, wird kaum gewürdigt. Es ist keine echte, leistungsabhängige Gehaltskomponente vorgesehen. Beförderungen erfolgen eher nach Dienstalter als nach persönlichem Engagement. Ich finde, die besten Lehrerinnen und Lehrer haben etwas mehr verdient.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt, den ich angesprochen habe: Flexibilität und Abwechslung auf dem Lebensweg gibt es, wenn überhaupt, nur aus einer Not heraus, beispielsweise wenn jemand vom Gymnasium an eine Grund- oder Mittelschule, an der Bedarf besteht, wechselt. Im Übrigen ist die Lehramtsausbildung ein sehr enges Korsett. Statt auf ein flexibles Bachelor- und Mastersystem zu setzen, statt pädagogisch hochwertige Zugänge auch für Quereinsteiger zu schaffen, bieten wir lediglich feste Fächerkombinationen. Am Ende bewerten wir die Lehrkräfte auch mehr nach Abschlussnote und Jahrgang als nach der persönlichen Eignung für die jeweilige Schule. Ich finde, auch da haben die besten Lehrerinnen und Lehrer etwas mehr verdient.

Die Digitalisierung des Berufsalltags der Lehrer ist aufgrund des unendlichen Hickhacks zwischen Sachaufwandsträgern und Kultusministerium, den wir dauernd erleben, an vielen Schulen immer noch ein Fremdwort. Statt mit neuesten Methoden zu arbeiten und sich proaktiv fortbilden zu können, haben wir Handyverbote und büden außerdem im Gegensatz zu jedem Unternehmen, in dem man einen Dienstrechner bekommt, jeder Lehrkraft auf, dass sie sich ihren Laptop oder PC selber über die Werbungskosten anschafft. Ich glaube, auch da haben die besten Lehrerinnen und Lehrer deutlich mehr verdient.

(Beifall bei der FDP)

Gerade weil die besten Lehrerinnen und Lehrer mehr verdient haben, wird dieser Dringlichkeitsantrag der SPD der Thematik des Lehrermangels nicht vollständig gerecht. Deshalb werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Das ist mal ein Wort!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda auf.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste auf der Tribüne, meine lieben Abgeordneten! Sachgrundlose Befristung bei Lehrern sehe ich als asoziales Verhalten des Dienstherrn an. Wer den Lehrern sechs Wochen versagt, weil er sie vor den großen Ferien wieder entlässt, zeigt das Verhalten einer Krämerseele. Das ist einer ordentlichen Staatsverwaltung unwürdig.

Befristet eingestellte Lehrer sind notwendig und werden offensichtlich gebraucht, sonst hätte man sie nicht eingestellt. Sie sind wertvolle Erzieher und Ausbilder. Sie sind auch soziale Wesen, sind Menschen, die, wenn sie eine solche Ausbildung nachweisen können, einen Anspruch auf eine geordnete Lebensplanung haben. Diese verweigert man ihnen.

Hohe Unterrichtsausfallquoten, die wir über Jahre beobachten können, zeigen ganz deutlich, dass wir im Bereich der Lehrerschaft eine bessere Personalplanung brauchen. Denn es ist Personalnot, die zu diesen Ausfallquoten führt. Ich erwarte, dass der Staat mit gutem Beispiel vorangeht, endlich mit dem Unsinn der sachgrundlosen Befristung aufhört und ein Beispiel für die Wirtschaft abgibt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf zum Abschluss Herrn Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo das Wort geben.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bayern verfügt über hervorragend ausgebildete und qualifizierte Lehrkräfte. Das will ich hier einmal ganz deutlich machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Unser Grundprinzip ist es, die Unterrichtsversorgung mit Lehrerinnen und Lehrern, die zwei Staatsexamen absolviert haben und schulartspezifisch ausgebildet sind, sicherzustellen. Das ist das Grundprinzip: Hohe Fachlichkeit und sehr gutes pädagogisches und didaktisches Geschick. Dafür bereiten wir unsere Lehrer ungefähr fünf Jahre an den Universitäten und dann noch einmal als Referendare vor.

Der SPD-Antrag erweckt aber den Eindruck, dass wir in einem schrecklichen Land leben. Sie schreiben schon wieder – das ist nicht das erste Mal – von einer dramatischen Situation. Dramatisch! Ich kann Ihnen einmal sagen, was aus Sicht des Unterrichts dramatisch ist. Dramatisch ist es – und das machen andere Länder –, wenn sie den Großteil der Neueinstellungen aus Quer- und Seiteneinsteigern rekrutieren. Das empfinde ich als dramatisch. In der Bundesrepublik sind im letzten Jahr 4.800 Lehrer ohne eine entsprechende Ausbildung an den Schulen eingestellt worden. In Sachsen waren es 1.174 sogenannte Quer- und Seiteneinsteiger, in Berlin 1.057, in Nordrhein-Westfalen 1.006 und in Niedersachsen 478. In Sachsen waren 50 % der neu eingestellten Lehrer nicht ausgebildet, in Berlin 40 %. Ist es das, was Sie von der SPD wollen? Sind das Ihre Ziele und Vorstellungen? Ist es das wirklich?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Reden wir doch über Bayern!)

– Ja, wir reden über Bayern. Jetzt haben wir aber über die Länder geredet, in denen auch die SPD regiert. Ich befürchte, dass dort die gleichen Vorstellungen bestehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn der Unterricht ausfällt, ist es wurscht, ob es Quer- oder Seiteneinsteiger sind!)

Bei allen Maßnahmen, die wir ergreifen – und wir tun viel, ich werde es noch schildern –, erhalten wir einen hohen Qualitätsanspruch aufrecht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lösen Sie lieber die Probleme, Herr Minister!)

Mein zweiter Punkt. Bayerns Lehrerinnen und Lehrer haben sichere Arbeitsplätze und verfügen über sichere Arbeitsverhältnisse. Auch dazu könnte ich viele Vergleiche anstellen. Über 95 % der Lehrer – Kollege Fackler hat es gesagt – sind bei uns verbeamtet. Um auf die Befristungen einzugehen – das ist das Thema – sage ich: Wir haben ungefähr 2.000 befristet angestellte Lehrerinnen und Lehrer mit Lehrbefähigung. Das sind keine 2 %. Selbstverständlich – da haben Sie vollkommen recht, und das haben wir mit einem Antrag vor einem Jahr deutlich gemacht – wollen wir diesen Anteil reduzieren. Ich will auch deutlich sagen, wie wir das tun. Sie haben jetzt auf die furchtbaren oder dramatischen Verhältnisse an den Grund- und Mittelschulen rekurriert. Dort sind 33 Lehrerinnen und Lehrer mit einer entsprechenden Ausbildung befristet angestellt, und das auf eigenen Wunsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was tun wir jetzt für diese 2.000? – Wir haben es schon bei den Koalitionsverhandlungen vereinbart und im Haushalt deutlich gemacht: Wir haben 808 Stellen ausgewiesen, mit denen wir Befristungen abbauen wollen. Und das werden wir auch tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir werden es schaffen, diese 2.000 Befristungen um 808 zu reduzieren. Wir tun das in zwei Tranchen. Zuerst haben wir die Stellen mit ganz besonderen Voraussetzungen, die vorher auch geschildert worden sind, ausgeschrieben. Darauf ist Bezug genommen worden. Nun sind wir bei der zweiten Tranche. Bei den Lehrerinnen und Lehrern, die sich jetzt bei uns beworben haben, werden wir genau untersuchen, wen wir noch zusätzlich nehmen. Deshalb steht auch nichts mehr im Programm, weil das Programm für das Haushaltsjahr 2019 schon abgeschlossen ist.

(Anna Toman (GRÜNE): Man könnte aber trotzdem etwas auf die Homepage schreiben!)

– Wir können gerne auf die Homepage schreiben, dass das Programm abgeschlossen ist. Wir haben den Lehrerinnen und Lehrern das Bewerbungsverfahren dargestellt. Nun gilt es, sich unter den drei Voraussetzungen darüber Gedanken zu machen, wie man die Zahl der Befristungen reduzieren kann.

Ich will nur noch eine Bemerkung zu den Monaten und Jahren machen. Wir stehen hier in Konkurrenz zur Warteliste. Wir haben eine Warteliste von Lehrerinnen und Lehrern, die entsprechend ausgebildet sind und die auch das Anrecht darauf haben, eingestellt zu werden. Wenn wir jetzt Lehrer, die erst seit einem halben Jahr befristet beschäftigt sind, plötzlich als Beamte auf Lebenszeit übernehmen, was sagt Ihnen dann ein Lehrer, der schon zwei Jahre wartet? Was sagt er Ihnen? – Hier geht es auch um Gerechtigkeit. Wir haben ein Programm, das mit Augenmaß aufgesetzt ist. Ich garantiere Ihnen: Diese 808 Stellen werden nicht nur im Haushalt stehen, sondern wir werden sie auch besetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Eines müssen wir trotzdem deutlich machen. Es wird nie – das sehen Sie aber, glaube ich, auch ein – ohne Befristungen gehen, denn wir haben Schwangerschaften, Krankheiten und Elternzeit. Frau Kollegin Gottstein hat es gesagt. Wenn wir im März einen Schwangerschaftsausfall haben, werden wir im März auch einen Lehrer befristet einstellen. Das wird immer so sein, und das ist auch sinnvoll. Das passiert überall.

Noch ein paar Bemerkungen zu dem, was Sie zu den Sommerferien sagen. Ich möchte deutlich machen, dass wir dabei zwei Fallgruppen haben. Diejenigen, die bei uns im September nach dem Ende der Sommerferien eingestellt und bis zu den Sommerferien beschäftigt werden, werden selbstverständlich auch in den Sommerferien beschäftigt. Von denen wird keiner entlassen, sondern sie werden bis zum vorletzten Tag der Sommerferien beschäftigt. So ist es auch vorgesehen.

Die zweite Fallgruppe sind die vorhin erwähnten Fälle. Derjenige, den wir im März einstellen, bekommt die Osterferien und die Pfingstferien bezahlt. Wollen Sie einem, den

Sie im März einstellen und der bis Juli einen Vertrag hat, auch noch sechs Wochen Sommerferien bezahlen? – Jemand, der im März, April, Mai, Juni und Juli viereinhalb Monate gearbeitet hat und der nicht weiterbeschäftigt wird, bekommt zwei Wochen Osterferien und zwei Wochen Pfingstferien. Und Sie wollen ihm jetzt wirklich noch sechs Wochen Sommerferien dazugeben und ihn dann nicht mehr weiterbeschäftigen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Der geht dann zum Arbeitsamt, und anschließend stellen Sie ihn wieder ein!)

Ist das wirklich Ihre Forderung? Oder sollen wir hier differenzieren, wie es übrigens auch Rheinland-Pfalz tut? – Da differenzieren wir, und das macht auch Sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sind – und das gehört auch zu den Arbeitsverhältnissen der Lehrer – familienfreundlich. Auch das hat Frau Kollegin Gottstein gesagt. Nur ein Hinweis: Von den Grundschul- und Mittelschullehrern sind 50 % der Lehrkräfte in Teilzeit. Das ist auch gut so. Wir bezahlen unsere Lehrer auch gut.

Ich will Ihnen nur einmal die Verbesserungen nennen, die wir geschaffen haben. Mit Unterstützung des Finanzministeriums haben wir – das war sogar ein Vorschlag des Finanzministers – die erste Altersstufe abgeschafft. Wir haben im letzten Jahrzehnt gerade an den Grund- und Mittelschulen funktionslose Beförderungssämter geschaffen. Wir tun in Bayern seit vielen Jahren und jetzt verstärkt sehr viel für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung im Sinne des Antrags, den wir vor einem Jahr gestellt haben. Wir werden damit den Herausforderungen gerecht, die übrigens nicht alle vorhersehbar sind.

Ich will nur einmal nennen, welche Herausforderungen dieses Schulsystem in den letzten Jahren zu bewältigen hatte und weiter zu bewältigen hat. Für die Inklusion tun

wir sehr viel. Weitere Herausforderungen sind die Digitalisierung und die Flüchtlingsthematik, für die wir 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt haben, die auch erst einmal auf dem Markt gefunden werden mussten und von denen sehr viele an den Grund- und Mittelschulen eingestellt worden sind. Schließlich müssen wir auch mit den demografischen Entwicklungen, nämlich mit mehr Kindern, zurechtkommen, die wir alle begrüßen, auf die wir aber auch entsprechend reagieren müssen.

Erwähnt worden ist, dass die Maßnahmen der Zweitqualifizierung sehr erfolgreich sind. Wir haben für Grund- und Förderschullehrer neue Studienplätze geschaffen. Wir haben im Haushalt so viele Stellen geschaffen wie kein anderes Bundesland. 5.000 Stellen sind im Koalitionsvertrag vereinbart worden. 2.000 Stellen sind im Doppelhaushalt vorgesehen. Das sind mehr als 50 % der gesamten neuen Stellen, die in Bayern geschaffen worden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das ist eine enorme Anstrengung, die man aber aus meiner Sicht würdigen sollte. Insofern kann man nur sagen: Bayerns Schulen sind gut aufgestellt. Wir versuchen, uns zu verbessern. Sie sprechen jedoch von dramatischen Umständen. Herr Kollege Arnold, wir sollten uns einmal über diesen Begriff unterhalten und darüber, wo dieser angebracht ist und wo nicht. Das will ich einfach noch einmal deutlich machen.

Lassen Sie mich noch einen letzten Satz sagen. Ich will allen Lehrerinnen und Lehrern danken für die Arbeit, die sie leisten. Sie leisten hervorragende Arbeit, nicht immer unter leichten Umständen. Mit dem Antrag wird jedoch die Arbeit an unseren Grund- und Mittelschulen schlechtgeredet. Das hat sicherlich nicht zur Folge, dass junge Menschen diesen Beruf mit Begeisterung wählen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es liegen zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen vor. Zunächst hat Frau Kollegin Toman von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Anna Toman (GRÜNE): Herr Minister, ich möchte zwei Punkte anführen. Zunächst einmal sind Ferien nicht zu hundert Prozent mit Urlaub gleichzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist unterrichtsfreie Zeit, die die Lehrerinnen und Lehrer nutzen, um ihren Unterricht vorzubereiten. Deswegen verwahre ich mich gegen die leichtfertige Darstellung, dass dies alles nur Freizeit sei.

Von Ihnen wüsste ich gerne ganz konkret, wann die Regelungen für die Neuauflage des Entfristungsprogramms vorliegen. Mein E-Mail-Postfach quillt über vor lauter Anfragen von Lehrerinnen und Lehrern, die nicht wissen, wie es weitergehen soll.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Toman, Sie haben das Wort. Bitte sehr. – Bitte lassen Sie die Kollegin aussprechen.

Anna Toman (GRÜNE): Man sieht an Ihrer Reaktion, wie ernst Sie die Entfristung der Lehrkräfte nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Anhand meiner Reaktion und meiner Rede merkt man, dass ich das Thema sehr ernst nehme. Mein Amt ist darauf ausgelegt, die besten Verhältnisse an den Schulen zu schaffen. Ich möchte konkret antworten.

Es ist richtig: Bei der Ferienzeit handelt es sich nicht nur um Urlaub. Das habe ich so auch nicht gesagt. Man geht davon aus, dass Lehrerinnen und Lehrer in den Ferien – gerade am Anfang und am Ende – auch etwas tun. Lehrkräfte leisten auch während der Unterrichtszeit mehr als die vorgesehenen Stunden. Deshalb haben sie auch einen weiteren Ferienanspruch. Ich habe nur deutlich gemacht – das ist im Tarifvertrag angelegt –, dass es eine Abstufung gibt, je nachdem, wann eine Lehrerin oder ein Lehrer befristet eingestellt wird. Das macht auch der jeweilige Ferienanspruch deutlich. Ich halte das auch für gerechtfertigt. Das muss ich ganz deutlich sagen. Wenn wir eine Lehrkraft kurzfristig für zwei Monate einstellen würden – auch das passiert mal –, ist es fraglich, ob dann immer die ganze Ferienzeit angerechnet werden sollte.

Ich will noch etwas deutlich machen: Diejenigen, die wir anstellen, erhalten einen anteiligen Ferienanspruch. Es ist keineswegs so, dass entweder kein Anspruch oder ein kompletter Anspruch besteht. Stattdessen handelt es sich um einen anteiligen Anspruch. Das System ist abgestuft. Das hat einen Grund. Herr Fackler hat deutlich gemacht, dass dies im Gesamttarifsystem begründet ist.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Vielleicht können Sie mir das erklären. Vor gut einer Woche war in den Medien zu lesen: Um den Lehrermangel zu beheben, könnten an Grund- und Mittelschulen vom kommenden Schuljahr an Quereinsteiger eingesetzt werden. Entsprechende Überlegungen gibt es im Kultusministerium, wie aus einem internen Papier hervorgeht. Wir würden gerne ein bisschen mehr Informationen dazu erhalten. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich es anders ausdrücke als die Kollegin. Sie sind an einer Hochschule tätig. Herr Prof. Piazzolo, ich wünsche Ihnen mal, dass Sie mit Lehrkräften die Ferien verbringen und sich ansehen, was diese an Vorbereitung leisten müssen. Ihre schreienden Kollegen von der CSU sagen: Welcher Berufsgruppe gönnen wir denn so viel Ferien wie den Lehrern? – Mein lieber

Schieber, sagen Sie das einmal den Lehrkräften ins Gesicht, damit die mal verstehen, was Sie von dem Beruf halten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Ich möchte es einmal deutlich sagen. Ich und die Kollegen stehen voll hinter den Ferienregelungen. Das war aber nicht das Thema. Die SPD hat gefordert, dass ein Lehrer, egal, wie lange die Dauer der Vertretung ist, die gesamten Sommerferien angestellt bleibt. Das war die Forderung. Ich habe deutlich gemacht, dass dies tarifrechtlich differenziert gesehen werden muss. Das tun wir. Man kann darüber reden, wie man das genau ausgestaltet. Von mir wurde keine Ferienregelung infrage gestellt. Es wurde auch nicht infrage gestellt, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre Tätigkeit auch in den Ferien ausüben. Das ist kein reiner Urlaub.

Vielmehr habe ich deutlich gemacht, dass wir in Bayern hoch engagierte Lehrerinnen und Lehrer haben, die ihren Job sehr gut machen. Der Qualitätsanspruch an unser Schulsystem ist sehr hoch. Ich und die Regierungsfractionen haben keineswegs Kritik geübt. Die Kritik an unserem Schulsystem und an den Lehrerinnen und Lehrern kam von Ihnen mit diesem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der SPD)

Dieser Dringlichkeitsantrag ist keine Lobeshymne auf unsere Lehrerinnen und Lehrer und auf unsere Schulen. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte noch eine zweite Bemerkung anführen. Ich habe wahrgenommen, dass etwas von einem internen Papier in der Zeitung stand.

(Zurufe von der SPD)

– Soll ich die Frage beantworten oder nicht? – Sie haben gesagt, es interessiere Sie nicht und es werde immer schlimmer.

Ich habe das wahrgenommen. Selbstverständlich machen wir uns im Ministerium und in den Fraktionen darüber Gedanken, wie wir die Unterrichtsversorgung verbessern können, auch vor dem Hintergrund der Herausforderungen der nächsten Jahre. Es gibt die Überlegung, qualifizierte Kräfte an Mittelschulen, die ein Fach unterrichten können, fortzubilden und einzusetzen. Diese Überlegung stellen wir im Moment an. Es handelt sich um ein internes Papier. Das ist übrigens nicht das einzige interne Papier. Im Ministerium haben wir wahrscheinlich Hunderte von internen Papieren. Das ist eines davon. Ich weiß nicht, welches Papier jetzt bei der Zeitung liegt. Aber darüber machen wir uns Gedanken. Ich persönlich halte die Idee für ganz sinnvoll. Das wäre eine Maßnahme von vielen.

Ich möchte noch eine Anmerkung machen, die ich vorher vergessen habe. Wir haben das Programm zur Entfristung aufgesetzt. Wir wollen es mit den 808 Stellen, die wir zur Verfügung haben, auch umsetzen. Die Bedingungen sind klar genannt worden. Wir haben auch schon Bewerber herausgefiltert.

(Anna Toman (GRÜNE): Das ist mir schon klar! Ich will wissen, wann die Neuauflage kommt!)

– Es gibt keine Neuauflage. Wir haben einige Bewerbungen – Sie haben die Zahl genannt –, die unsere drei Voraussetzungen erfüllen. Das sind ungefähr 300 Bewerbungen. Wir sind dabei, die Voraussetzungen zu ändern, damit wir zielgenau auf die Zahl kommen. Deshalb brauchen wir kein neues Programm, sondern wir steuern unser jetziges Programm in einer zweiten Tranche nach, um es zielgenau anzusetzen. Wir wollen nämlich auch nicht, dass sich nachher 1.000 Lehrkräfte bewerben und 500 enttäuscht sind. Man muss immer versuchen, das möglichst zielgenau zu machen.

(Anna Toman (GRÜNE): Wann denn? Wann können die Lehrkräfte das wissen?)

– Die Lehrkräfte bekommen jetzt Bescheid, Frau Kollegin, damit wir sie zum nächsten Schuljahr einstellen können. Sie wissen das mindestens genauso gut wie ich, dass das jetzt, in diesen Wochen, passiert, weil wir für das kommende Schuljahr immer im Juli planen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Anna Toman (GRÜNE): Viel zu spät!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/2876 in einfacher Form abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – Die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD sowie die Abgeordneten Markus Plenk (fraktionslos) und Raimund Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist die FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/2842. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmungsdauer beträgt fünf Minuten. Ich eröffne die namentliche Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16:11 bis 16:16 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaales ermittelt und später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. Sollten Sie Ihre bi- oder trilateralen Gespräche fortsetzen wollen, können Sie das außerhalb des Plenarsaales gerne tun,

damit wir uns hier auf die weiteren Beratungen konzentrieren können. Bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Arnold, Dr. Strohmayer, Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Keine Entlassung von Lehrkräften vor den Sommerferien – Dramatischem Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen entgegenwirken – Attraktivität des Lehramtes deutlich erhöhen", Drucksache 18/2842, bekannt. Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 113. Stimmenthaltungen: 9. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der SPD abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.07.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion SPD; Keine Entlassung von Lehrkräften vor den Sommerferien - Dramatischem Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen entgegenwirken - Attraktivität des Lehramtes deutlich erhöhen (Drucksache 18/2842)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	48	113	9